

# Hinweis zum Datenschutz im Sozialen Entschädigungsrecht nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Für die Datenerhebung und -verarbeitung ist das **Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS)** verantwortlich. Sie können auf den folgenden Wegen mit dem ZBFS Kontakt aufnehmen:

- mit der Post:  
Zentrum Bayern Familie und Soziales,  
95440 Bayreuth
- per Telefax 0921 605 3903
- per E-Mail: [Poststelle@zbfs.bayern.de](mailto:Poststelle@zbfs.bayern.de)

Mit dem behördlichen **Datenschutzbeauftragten** des ZBFS können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

- mit der Post:  
Zentrum Bayern Familie und Soziales,  
Datenschutzbeauftragter,  
95440 Bayreuth
- per E-Mail:  
[Datenschutzbeauftragter@zbfs.bayern.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@zbfs.bayern.de)

**Die von Ihnen gemachten Angaben brauchen wir**, um Ihr (Antrags-)Verfahren auf Versorgung nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (§§ 1, 24 Sozialgesetzbuch -Erstes Buch – (SGB I)) bearbeiten und entscheiden zu können.

Die Rechtsgrundlage dafür sind §§ 67a bis 67c Sozialgesetzbuch - Zehntes Buch - (SGB X), §§ 1, 9 ff Bundesversorgungsgesetz (Leistungen der Heilbehandlung einschl. Orthopädischer Versorgung, der Kriegsofopferfürsorge, Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene, Bestattungsgeld) und folgende Gesetze, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären: § 47 ff Zivildienstgesetz (ZDG), § 1 ff Opferentschädigungsgesetz (OEG), § 60 ff Infektionsschutzgesetz (IfSG), § 21 ff Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), § 3 ff Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), § 4 ff Häftlingshilfegesetz (HHG).

**Ihre Angaben sind freiwillig.** Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, können wir über Ihr (Antrags-)Verfahren und damit über einen Versorgungsanspruch aber möglicherweise nicht richtig entscheiden.

Ihre personenbezogenen **Daten werden gegebenenfalls weitergegeben an:**

- ärztliche Außengutachter (Erstellung von Stellungnahmen und Gutachten)
- IT-Dienstleistungszentrum des Freistaates Bayern (Speicherung von Daten in elektronischer Form)
- Staatsoberkasse Bayern bzw. Bundeskasse (Überweisung bzw. Entgegennahme von Zahlungen)

**Wir speichern Ihre Daten nur solange wir sie benötigen.**

Die Daten werden je nach Art des Personenkreises (Beschädigte oder Hinterbliebene), des Leistungsanspruchs (Rentenleistungen, Heilbehandlung einschl. Orthopädischer Versorgung und Kriegsofopferfürsorge) und der Entscheidung (Anerkennung, Ablehnung) zwischen 1 Jahr (z.B. nach Tod der letzten Hinterbliebenen), 5 Jahre (nach Tod des Beschädigten) und längstens 30 Jahre (bei Ablehnungen) aufbewahrt und anschließend gelöscht.

**Sie haben folgende Rechte:**

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzuschränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können sich über uns beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz **beschweren**.

Zur Bearbeitung Ihres (Antrags-)Verfahrens werden wir, **soweit erforderlich**, andere Personen und Stellen um Übermittlung von Daten bitten, und zwar werden wir die Ärzte und sonstigen Stellen, die Sie uns angegeben haben, anschreiben und um Übersendung von Unterlagen im Zusammenhang mit der beantragten Versorgung bitten.

**Sie haben das Recht, der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns jederzeit zu widersprechen.**